

Antrag Nr. 12-O-16-0069

SPD und FDP

Betreff:

Carl-von-Ossietzky-Schule - Anforderung eines Sachstandsberichtes

Antragstext:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FDP:

Die Carl-von-Ossietzky-Schule verdient eine zeitnahe und perspektivische Antwort auf die Frage, wie es weiter gehen soll. Alle Gremien des Oberstufengymnasiums wünschen den Erhalt der Schule am Standort Klarenthal mit funktionserhaltender Kernsanierung.

Der Ortsbeirat hat sich mit großer Mehrheit für den Erhalt am Standort Klarenthal ausgesprochen und dies auch beschlossen.

Begründung:

Die Carl-von-Ossietzky-Schule ist ein funktionierendes, anspruchsvolles, gleichzeitig sozial aufmerksames, vorbildliches und im Stadtteil engagiertes Oberstufengymnasium. Das Profil der Schule wurde und wird beständig ausgebaut und stellt einen wichtigen Baustein in Wiesbadens Schullandschaft dar. Für Klarenthal ist es daher unverzichtbar.

Selbst Oberbürgermeister Dr. Müller hat betont, dass bisher eine Schule nie gegen den Willen der Schulgremien geschlossen worden ist, und versprochen, dass dies auch in Zukunft so bleiben soll.

Es ist aber eine Mediationsfarce, wenn die Entscheidung über die Schule – wie aus der Presse zu entnehmen war – von der Rektorin der Martin-Niemöller-Schule und der Schuldezernentin Scholz so lange hinausgezögert wird, bis viele Eltern nicht mehr den Mut haben, ihre Kinder dort anzumelden. Damit wird ein basisdemokratisches Verfahren mit dem Ziel der Elternabschreckung missbraucht.

Wie dem Artikel im Wiesbadener Tagblatt vom 30.10.2012 „Ruin durch Nichtstun“ entnommen werden konnte, scheint zumindest für die Schuldezernentin und Leiterin des Mediationsverfahrens die Entscheidung gegen den Standort Klarenthal für die Carl-von-Ossietzky-Schule längst gefallen zu sein. Es heißt dort:

„...laut der streng vertraulichen Protokolle der Mediationsgespräche wird nun auf Wunsch der Martin-Niemöller-Schule auch über eine Zusammenlegung gesprochen. Selbst ein neuer Name für das große Oberstufengymnasium und eine neue Schulleitung werden dabei nicht ausgeschlossen.“

Wiesbaden, 05.11.2012

Antrag Nr. 12-O-16-0069
SPD und FDP
